

Anlage zur Niederschrift der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 02.02.2011

Tagesordnungspunkt 4, DS.-Nr. 10/0416/1, „Beratung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2011“

Lfd.Nr.	Seite	Produkt	Bezeichnung	Zeilen-Nr.	Investitions-Nr.	Haushalts-jahr	strategische/operative Ziele	konkrete Maßnahmen/Kennzahlen	Ertrag/ Einzahlung +/-	Aufwand/ Auszahlung +/-	Begründung/Beschreibung	Fraktion
1	78	01-01-01	Verwaltungsvorstand, Repräsentationen, Ehrungen	16		2011 ff.				-3.000	Pauschale Budgetkürzung	GRÜNE

Herr Metz erläuterte, der Antrag sei als politisches Signal zu werten. Eine Sanierung des Haushalts könne damit nicht erreicht werden.

Die übrigen Fraktionen hielten die Budgetkürzung wegen der Bedeutung und der Symbolik dieser Aufgabe nicht für gerechtfertigt. Zudem könne mit diesem kleinen Betrag keine Spielräume im Haushalt gewonnen werden.

Seitens der SPD-Fraktion sei bei den fraktionsinternen Haushaltsberatungen nach Wegen und Möglichkeiten gesucht worden, die finanzielle Handlungsfähigkeit wiederherzustellen. Dies schlage sich in den pünktlich gestellten Anträgen nieder. Herr Knülle äußerte die Hoffnung, dass seitens der übrigen Fraktionen die Inhalte der Anträge geprüft wurden um gemeinsam Verbesserungen zu erreichen. Er und Herr Schmitz-Porten zeigten sich überrascht, dass seitens der CDU-/FDP-Fraktion keine Anträge gestellt, keine Ideen oder Vorschläge eingebracht wurden und baten hierzu um eine Stellungnahme.

Herr Schell wies darauf hin, dass in der nachfolgend weiter zu behandelnden Synopse vier Anträge aufgeführt sind, die der CDU-/FDP-Fraktion erst mit dem Verteilen der Synopse durch die Verwaltung bekannt wurden; eine Beratung dieser Anträge in der Fraktion hätte daher nicht erfolgen können. Frau Jung ergänzte, dass die nicht erfolgte Antragstellung vor dem Hintergrund der guten Zusammenarbeit mit der Verwaltung zu sehen sei.

Seitens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP wurde der Wunsch einer zügigen Haushaltsberatungen gewünscht, die sich nicht in Einzelheiten verliert.

Anschließend ließ der Bürgermeister über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abstimmen.

Jastimmen 2

Neinstimmen 14 – damit ist der Antrag abgelehnt

2	90	01-02-02	Steuerungsdiens	16		2011ff		Fortbildung		-50.000	Auch die Einführung der elektron. Akte rechtfertigt nicht den Anstieg um 207 %. Fortbildung soll verstärkt im Hause erfolgen.	Aufbruch!
---	----	----------	-----------------	----	--	--------	--	-------------	--	---------	---	-----------

Herr Raubach erläuterte, dass eine Zusammenführung aller dezentral veranschlagten Fortbildungsmaßnahmen in einem Produkt erfolgt sei. Der Bürgermeister ergänzte, dass es insgesamt nicht zu einer Mittelerrhöhung gekommen sei.

Herr Köhler teilte mit, er werde im Zuge der Haushaltsberatungen zu den gestellten Anträgen aller Fraktionen nur kurze Stellungnahmen abgeben. Wegen der engen finanziellen Spielräume seien von der Fraktion AUFBRUCH! daher auch Anträge gestellt worden, die nur kleine Beträge umfassen. Die Anträge der SPD-Fraktion gehörten nach seiner Einschätzung nicht in die Haushaltsberatung, da diese sich nicht auf den jetzt zu beratenden Haushalt auswirken und regte an, diese zurückzuziehen.

Direkte Auswirkungen auf den jetzt zu beratenden Haushalt seien zwar nicht zu erkennen; Herr Knülle hielt dem jedoch entgegen, die unterjährige Entwicklung und die Haushaltsfortschreibung (Finanzplanung, Haushaltssicherungskonzept) für die nächsten Jahre seien tangiert. Mit noch in diesem Jahr zu tätigen Investitionen seien aber auch noch direkte Auswirkungen auf das Haushaltsjahr 2011 möglich.

Bei dem jetzt zu beratenden Antrag bestehe bei seiner Fraktion die Auffassung, dass Mittel eingespart werden können.

Herr Schell verwies auf die im Vorfeld gestellten Fragen zum Haushalt und Antworten der Verwaltung, die allen Fraktionen bekannt sind. Die zuvor genannte Anmerkung der Verwaltung sei bereits mitgeteilt worden. Die CDU-Fraktion lehne den Antrag ab. Dem schloss sich die SPD-Fraktion an.

Anschließend ließ der Bürgermeister über den Antrag abstimmen.

Jastimmen 1

Neinstimmen 15 – damit ist der Antrag abgelehnt

3	122	01-05-01	Rechnungsprüfung	13		2011ff				-30.000	Beratung nur noch durch die GPA	Aufbruch!
---	-----	----------	------------------	----	--	--------	--	--	--	---------	---------------------------------	-----------

Herr Köhler zog den Antrag zurück.

4	129	01-06-01	Personal	16		2011ff				-20.000	pauschale Kürzung	Aufbruch!
---	-----	----------	----------	----	--	--------	--	--	--	---------	-------------------	-----------

Jastimmen 1

Neinstimmen 13

Enthaltungen 2 – damit ist der Antrag abgelehnt

5	146	01-06-06	sonstige zentrale Dienste	16		2011 ff.				-5.000	Pauschale Budgetkürzung	GRÜNE
6	146	01-06-06	sonstige zentrale Dienste	16		2011ff				-10.000	pauschale Kürzung	Aufbruch!

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schloss sich dem Antrag der Fraktion AUFBRUCH! an.

Jastimmen 3

Neinstimmen 13 – damit ist der Antrag abgelehnt

7		01-09-06	Vollstreckung					Verbesserung des Forderungsmanagements der Stadt - Nutzung eines Inkassounternehmens			Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, in welchem Rahmen sich die Stadt zur Eintreibung der bestehenden 4,2, Millionen € offenen städtischen Forderungen eines Inkassounternehmens bedienen kann. Neben dem wohl nicht möglichen Verkauf von Forderungen an Dritte sollen die Möglichkeiten der Unterstützung durch ein Inkassounternehmen zur Einholung der Forderungen genutzt werden. (Drucksachenn-Nr. 11/0052)	SPD
---	--	----------	---------------	--	--	--	--	--	--	--	--	-----

Herr Knülle trug den Antrag seiner Fraktion vor. Bei Umsetzung ergäben sich Auswirkungen auf den Haushalt 2011.

Herr Raubach erläuterte, dass sich der im Antrag genannte Gesamtbetrag von 4,2 Mio. € zum 31.12.2010 auf knapp 4 Mio. € reduziert habe. Nach Abzug ausgesetzter, nicht vollstreckbarer Forderungen in Höhe von 800.000 € verbleibe ein Betrag von etwa 3,2 Mio. €.

Von diesem verbleibenden Betrag entfalle der überwiegende Anteil auf öffentlich-rechtliche Forderungen. Die Vollstreckung öffentlich-rechtlicher Forderung richte sich nach dem Verwaltungsvollstreckungsgesetz und der Gemeindeordnung. Eine Übertragung der Aufgabenerledigung auf ein privates Inkassounternehmen sei auf Grund dieser Vorschriften nicht möglich. Insbesondere Sozialdaten dürfen nicht in unbefugte Hände gelangen, Pfändungsschutzbestimmungen seien zu berücksichtigen.

Nur für privatrechtliche Forderungen, die sich auf einen Betrag von unter 100.000 € belaufen, sei die Übertragung auf ein Inkassounternehmen möglich. Hierfür müssten Gebühren und Kosten nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz gezahlt werden oder die Forderungen könnten zu einem ausgehandelten Prozentsatz (in der Regel 20 % – 30 %) verkauft werden. Dies käme allerdings einem Erlass von Forderungen gleich, über den gesondert beschlossen werden müsse.

Herr Knülle erläuterte, dass der Antrag auf eine versuchsweise Unterstützung durch ein Inkassounternehmen abziele, nicht auf die Übertragung oder den Verkauf von Forderungen.

Wegen der Kosten für die Tätigkeit und der Vorgehensweise eines Inkassounternehmens sowie der zu berücksichtigenden Aspekte in Bezug auf die Sozialdaten sprach sich Herr Dr. Lemmer gegen den Antrag aus.

Der Bürgermeister bat unabhängig von der Beschlussfassung über diesen Antrag darum, der Verwaltung die der SPD-Fraktion bekannten Stadtverwaltungen mit positiven Erfahrungen in dieser Angelegenheit mitzuteilen.

Auf Nachfrage von Herrn Schmitz-Porten teilte der Bürgermeister mit, dass durch eine Personalmehrung bei der Stadtverwaltung eine Verbesserung des Forderungsmanagements nicht erreicht werden könne.

Herr Metz meldete für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Beratungsbedarf an und bat um Vertagung bis zur nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses.

Herr Knülle wies darauf hin, dass der Antrag gleichlautend auch für die Ratssitzung am 16.02.2011 gestellt wurde und dort abschließend beraten und entschieden werden könne.

8	200	01-10-01	Versicherungen	13		2011				-25.000	Kürzung Beratungsleistungen Versicherungen	GRÜNE
9	200	01-10-01	Versicherungen	13		2011				-45.000	Bei Prinas (Essen) kostenlose Beratung einholen	Aufbruch!

Frau Niehaus nahm zu den geplanten Beratungsleistungen ausführlich Stellung. Eine Beauftragung der Firma Prinas sei aus rechtlichen Gründen nicht möglich, da es sich um einen Versicherungsmakler handelt; die für eine Beratung erforderliche Neutralität sei

nicht gegeben. Auf Grund des Beitragsvolumens seien europaweite Ausschreibungspflichten zu berücksichtigen. Eine einfache Beitragsermittlung durch Anfrage bei einzelnen Versicherungen habe nicht zum Erfolg geführt. Mit der geplanten fachlichen Beratung solle eine Bewertung und ein Marktvergleich erfolgen sowie eventuell mögliche Verbesserungen herausgearbeitet werden. Dies umfasse auch eine Analyse der derzeitigen Vertragsbedingungen. Deutschlandweit kämen für eine solche fundierte fachliche Beratung nur 10 Versicherungsberater in Frage. Die veranschlagten Mittel sollen die vollständige Beratung sowie die vom gleichen Berater vorzunehmende Unterstützungsleistung für eine europaweite Ausschreibung bei prognostizierten vier Versicherungsbereichen decken. Nach einer zunächst nur beabsichtigten Basisüberprüfung erfolge vor weiteren Maßnahmen eine Unterrichtung des Haupt- und Finanzausschusses.

Auf Nachfrage von Frau Bergmann-Gries erläuterte Herr Lübken, dass Beratungsleistungen durch die kommunalen Spitzenverbände nicht angeboten werden. Bei den großen Versicherern der Kommunen handele es sich um Kommunalversicherungen. Beratungen durch die Spitzenverbände seien daher schon aus diesem Grunde nicht opportun. Darüber hinaus handele es sich beim Versicherungsrecht um eine äußerst komplizierte Materie die ein hohes Maß an Spezialwissen erfordere, über welches nur wenige Versicherungsberater bundesweit verfügen.

Herr Köhler und Herr Metz zogen die Anträge ihrer Fraktionen zurück.

10	200	01-10-01	Versicherungen	16		2011ff				-40.000	Einsparungen in diesem Bereich realisieren	Aufbruch!
----	-----	----------	----------------	----	--	--------	--	--	--	---------	--	-----------

Herr Köhler zog den Antrag für seine Fraktion zurück.

11		02-01-01 01-12-01	Bürgerservice Büroflächen					Bürgerservice wieder direkt im Rathaus unterbringen und bisherige Räume verkaufen			Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob ein Verkauf der Räumlichkeiten des derzeitigen Bürgerservice sinnvoll ist und welcher Marktpreis zu erzielen wäre. Zur Unterbringung des Bürgerservice prüft die Verwaltung die Umsetzungsmöglichkeiten und den Bedarf an Investitionen. Die Möglichkeiten, die bisher dort in den Räumlichkeiten ansässigen Verwaltungseinheiten innerhalb des Hauses in andere Bereiche unterzubringen, sollte geprüft werden. (Drucksachen-Nr. 11/0050)	SPD
----	--	-------------------	---------------------------	--	--	--	--	---	--	--	--	-----

Nach Vorstellung des Antrages durch Herrn Knülle wies Herr Schell darauf hin, dass die Räumlichkeiten des Bürgerservice nicht im Eigentum der Stadt stehen sondern angemietet sind. Dies ergebe sich auch aus den bekannten Antworten der Verwaltung zu den

Fragen zum Haushalt. Darüber hinaus habe die Verwaltung mitgeteilt, dass im Rathaus lediglich vier Büroräume als freie Kapazität vorhanden seien. Daher werde die CDU-Fraktion den Antrag ablehnen.

Der Bürgermeister teilte auf Nachfrage von Frau Schulenburg mit, dass die seinerzeitige Anmietung der Räumlichkeiten für den Bürgerservice unter anderem auch auf die vom Rathaus abweichenden Öffnungszeiten zurückzuführen sei.

Herr Knülle änderte seinen Antrag dahingehend, den Prüfauftrag auf eine Kündigung des Mietvertrages zu beziehen. Mit einer Kündigung könnten lukrative Einsparungen erzielt werden. Bei einer Realisierung des Bürgerservice im Foyerbereich mit den dort vorhandenen Büroräumen könne auch den Besonderheiten unterschiedlicher Öffnungszeiten Rechnung getragen werden.

Seitens der übrigen Fraktionen wurde die Ablehnung des geänderten Antrages angekündigt; der Bürgerservice sei im Ärztehaus gut untergebracht. Eingliederungsmöglichkeiten in das Rathaus würden auf Grund der Ausführungen der Verwaltung nicht bestehen.

Anschließend ließ der Bürgermeister über den geänderten Antrag abstimmen.

Jastimmen 4

Neinstimmen 12 – damit ist der Antrag abgelehnt

12	255	01-15-01	Bauhof		07-00103	2011		Hubwagen		-140.000	verschieben auf 2012 oder je nach Auslastung mit Nachbarkommunen gemeinsam nutzen oder fremd vergeben	Aufbruch!
----	-----	----------	--------	--	----------	------	--	----------	--	----------	---	-----------

Herr Raubach wies darauf hin, dass die Maßnahme erst für das Jahr 2012 vorgesehen ist. Herr Köhler zog den Antrag daraufhin für seine Fraktion zurück.

13	306	02-05-01	Brandschutz	16		2011 ff.				-10.000	Pauschale Budgetkürzung	GRÜNE
----	-----	----------	-------------	----	--	----------	--	--	--	---------	-------------------------	-------

Herr Metz erläuterte für seine Fraktion, dass mit dem Antrag keine Mittelkürzung im Bereich des unmittelbaren Brandschutzes sondern im Bereich verschiedener sächlicher Kosten beantragt werde.

Jastimmen 3

Neinstimmen 13 – damit ist der Antrag abgelehnt

14		02-05-01	Brandschutz					Feuerwehr: Sicherheitsrelevante Investitionen vorziehen - Investitionsbedarf überprüfen			Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie durch das Vorziehen von Investitionen in die sicherheitsrelevanten Bereiche der Freiwilligen Feuerwehr eine verbesserte Sicherheit für die Sankt Augustiner Bevölkerung erzielt werden kann. In Anbetracht der deutlichen Belastung des städtischen Haushalts durch Investitionen in die Freiwillige Feuerwehr, wird die Verwaltung beauftragt, in Gesprächen mit der Feuerwehrführung sonstige Investitionen auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen, um gemeinsam auszuloten, ob ggf. eine Entlastung des Haushalts zu erreichen ist. Dabei kann es sich auch um die Streckung von bereits vorgesehenen Maßnahmen, der Überprüfung von Investitionsnotwendigkeiten und um kreative Kombinationslösungen für Neubauten handeln. (Drucksachen-Nr. 11/0051)	SPD
----	--	----------	-------------	--	--	--	--	---	--	--	--	-----

Herr Knülle stellte den Antrag seiner Fraktion vor.

Für die CDU-Fraktion wies Herr Schell auf den vorhandenen Brandschutzbedarfsplan hin. Gespräche zwischen der Verwaltung und der Freiwilligen Feuerwehr würden geführt, so dass es des vorliegenden Antrages nicht bedürfe. Daher werde seine Fraktion den Antrag ablehnen.

Anschließend ließ der Bürgermeister abstimmen.

Jastimmen 4

Neinstimmen 12 – damit ist der Antrag abgelehnt

15		03-02-01	Grundschulen					Bildungsqualität schaffende Investitionen forcieren - nur zukunftsrelevante Investitionen tätigen - Leerstände verhindern			Die Verwaltung wird beauftragt, in Anbetracht der sich deutlich verändernden Schülerzahlen und -struktur im Grundschulbereich, die Notwendigkeit der vorgesehenen Investitionen in Grundschulgebäuden zu überprüfen. Ferner soll von der Verwaltung dargelegt werden, wie an jedem Schulstandort zukünftig ein Lehrbetrieb mit ausreichender Infrastruktur gewährleistet werden kann, insbesondere vor dem Hintergrund der Überlegungen zum gebundenen Ganztags. (Drucksachen-Nr. 11/0053)	SPD
----	--	----------	--------------	--	--	--	--	---	--	--	--	-----

Nach Vorstellung des Antrages durch Herrn Knülle wies Frau Jung auf die bereits bestehende Projektgruppe für den Bereich der Grundschule Niederpleis hin.

Der Bürgermeister erläuterte, dass den Fraktionen die differenzierte Prüfung der Investitionsbereiche aller städtischen Gebäude vorgestellt wurde (Projektstrukturplan).

Nach Auffassung von Herrn Knülle müssten die genannten Investitionen unter dem Aspekt der Verbesserung der Bildungsqualität erfolgen. Die mittel- und langfristige Planung aller beabsichtigten Maßnahmen müsse daher geprüft werden. Frau Jung hielt dem entgegen, dass der für die Grundschule Niederpleis vorgesehene Betrag von 5 Mio. € nicht in der Prioritätenliste aufgenommen sei und hierzu noch eine Entscheidung der Politik erfolgen müsse.

Herr Schell vertrat die Auffassung, dass die mit dem Antrag begehrte Prüfung und Befassung mit der Gesamtthematik zur Schulentwicklungsplanung in der bestehenden Projektgruppe und im Ausschuss für Schule, Bildung und Weiterbildung, in baulicher Hinsicht auch im Gebäude- und Bewirtschaftungsausschuss, bereits erfolge. Auch der Projektstrukturplan gehe hierauf ein. Daher werde die CDU-Fraktion den Antrag ablehnen. Dem schloss sich Frau Jung an.

In Bezug auf die Infrastruktur der städtischen Grundschulen schlug Herr Metz vor, das Thema im Ausschuss für Schule, Bildung und Weiterbildung, auch unter Einbeziehung des Gebäude- und Bewirtschaftungsausschusses zu behandeln.

Frau Bergmann-Gries hob hervor, dass bei der Diskussion des Themas auch die Kinder- und Familienfreundlichkeit der Stadt Sankt Augustin im Vordergrund stehen müsse.

Herr Köhler vertrat die Auffassung, dass eine Beschlussfassung über den Antrag entbehrlich sei, wenn die Aspekte der schulischen Infrastruktur in dem vorliegenden Projektstrukturplan berücksichtigt seien.

Herr Lübken wies darauf hin, dass einige Elemente des Antrages in der kommenden Sitzung des Ausschusses für Schule, Bildung und Weiterbildung beraten werden sollen. Beispielhaft nannte er die Grundschuleinzugsbezirke, Auswirkungen demographisch bedingter Änderungen. Überlegungen zum gebundenen Ganztags im Primarbereich seien Gegenstand der kommunalen Bildungsplanung.

Herr Schmitz-Porten schlug zur Güte vor, den Antrag an den Ausschuss für Schule, Bildung und Weiterbildung zu verweisen.

Über den gewandelten Antrag ließ der Bürgermeister anschließend abstimmen.

Jastimmen 7

Neinstimmen 9 – damit ist der Antrag abgelehnt

16	339	03-03-01 03-04-01	Hauptschulen Realschulen			2011 ff.					Grundsätzliche Überarbeitung der Planung. Anpassung Ansätze Gesamtschule. Dementsprechend sukzessives Absenken Ausgaben Hauptschulen und Realschulen	GRÜNE
----	-----	----------------------	-----------------------------	--	--	----------	--	--	--	--	--	-------

Frau Kusserow führte aus, dass die Mittel für die Durchführung der Gesamtschule aus dem vorhandenen Schulbudget herausgelöst werden müssten. Eine Darstellung der Ansätze in Bezug auf die Gesamtschule sei erst zum Stichtag des Schulbudgets (15.10. des Vorjahres) möglich, so dass die Anpassung erst ab dem Haushaltsjahr 2012 erfolgen könne. Auf Nachfrage von Herrn Metz sagte der Bürgermeister zu, dass die veranschlagten Beträge nur einmal im Haushalt auftauchen.

17	357	03-05-01	Gymnasien			2011		Machbarkeitsstudie Umbau RSG		-200.000	Streichen und dafür Ansatz für einen eigenen Architekten der die Studie erstellt.	SPD
----	-----	----------	-----------	--	--	------	--	---------------------------------	--	----------	---	-----

Herr Knülle vertrat die Auffassung, mit den veranschlagten Mittel könne die Stadt einen gut qualifizierten Architekten einstellen, der die Studie erstellen könne. Wegen der Dienstwege und Zusammenarbeit der unterschiedlichen städtischen Dienststellen könne auf diesem Weg ein besseres Ergebnis erzielt werden als bei einer Fremdvergabe. Die für eine Machbarkeitsstudie erforderlichen Kenntnisse der städtischen Strukturen könnten von der Stadtverwaltung besser beurteilt werden.

Herr Gleß erläuterte, die Erstellung der Machbarkeitsstudie sei von nur einem Architekten nicht leistbar. Eine Einbeziehung weiteren Personals aus dem Fachbereich Gebäudemanagement würde dazu führen, andere wichtige Projekte verschieben zu müssen. Es solle

keine bauphysikalische oder rein architektonische Studie erstellt werden; alle Aspekte müssten interdisziplinär in die Machbarkeitsstudie einfließen. Dies könne nur von einem geeigneten Fachbüro geleistet werden.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN teilte Herr Metz mit, dass eine Entscheidung seiner Fraktion für oder gegen diesen Antrag wegen der Komplexität des Sachverhalts und der nur kurzen Beratungsmöglichkeit schwierig sei. Grundsätzlich werde die Vergabe von Machbarkeitsstudien kritisch gesehen.

Anschließend ließ der Bürgermeister über den Antrag abstimmen.

Jastimmen 3

Neinstimmen 9

Enthaltungen 2 – damit ist der Antrag abgelehnt

(zum Zeitpunkt der Abstimmung befanden sich 2 Ausschussmitglieder nicht im Sitzungssaal)

18	402	04-02-01	Heimat- und sonstige Kulturpflege	15		2011 ff.				-2.000	Pauschale Budgetkürzung	GRÜNE
----	-----	----------	-----------------------------------	----	--	----------	--	--	--	--------	-------------------------	-------

Jastimmen 3

Neinstimmen 12 – damit ist der Antrag abgelehnt

(zum Zeitpunkt der Abstimmung befand sich 1 Ausschussmitglied nicht im Sitzungssaal)

19		04-05-01	Stadtbücherei					Kooperation der Stadtbücherei mit der Kreisbücherei in der Hochschule		Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie eine Kooperation zwischen der Stadtbücherei und der Kreisbücherei in der Hochschule aussehen könnte. Dabei soll insbesondere auch betrachtet werden, welche Angebote sich ergänzen bzw. gemeinsam durchgeführt werden können, um Synergien zu entwickeln. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den entsprechenden Stellen beim Kreis und der Hochschule Gespräche aufzunehmen. (Drucksachen-Nr. 11/0047)	SPD
----	--	----------	---------------	--	--	--	--	---	--	--	-----

Nach ausführlicher Diskussion, an der sich Mitglieder der Fraktionen von SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beteiligten, bestand Einvernehmen, die Verwaltung zu beauftragen, die bereits begonnene Prüfung fortzusetzen.

einstimmig

(Der genaue Wortlaut des Beschlusstextes ist unter Tagesordnungspunkt 4.1.1 abgedruckt)

20	420	04-05-01	Stadtbücherei	29		2011ff				-50.000	Verringerung der bzw. angepasste Öffnungszeiten	Aufbruch!
----	-----	----------	---------------	----	--	--------	--	--	--	---------	---	-----------

Herr Stroß erläuterte, dass eine Budgetkürzung nur mit einer gleichzeitigen Personalreduzierung möglich sei.

Herr Köhler zog den Antrag seiner Fraktion zurück.

21		05-02-01 05-02-02 05-02-03	Unterbringung und Betreuung von Obdachlosen Unterbringung und Betreuung von Aussiedlern Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern					Kapazitäts- und Sanierungsnotwendigkeiten von städtischen Unterkünften			Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Kapazitäten in Folge der neu zu erwartenden Fallzahlen zukünftig benötigt werden und ob es sinnvoll ist, jetzt Standorte aufzugeben. Im Zusammenhang mit der Überprüfung sollte die Möglichkeit von Umsiedlungen ebenfalls angedacht werden, um die Anzahl der Gebäude, die weiter genutzt werden sollen und erheblichen Sanierungsbedarf haben, so klein wie möglich zu halten. (Drucksachen-Nr. 11/0059)	SPD
----	--	----------------------------------	---	--	--	--	--	--	--	--	---	-----

Nach intensiver Diskussion und ausführlicher Sachstandsmitteilung der Verwaltung, bestand nach einem Geschäftsordnungsantrag von Herrn Metz Einvernehmen, den Antrag zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration sowie den Gebäude- und Bewirtschaftungsausschuss zu verweisen.

Seitens der Verwaltung wurde mitgeteilt, dass die Niederlegung des Wohnheims in der Großenbuschstraße zur Zeit ausgesetzt ist.

22	486	05-02-04	Altenhilfe und Altenbegnegnungsstätten	15		2011 ff.				-4.000	Kürzung bei Altenfesten	GRÜNE
24	486	05-02-04	Altenhilfe und Altenbegnegnungsstätten	13		2011ff		Seniorenveranstaltungen		-10.000	Beteiligung der Bürger an der Finanzierung der Veranstaltungen	Aufbruch!

Die Fraktionen AUFBRUCH! und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verständigten sich auf einen gemeinsamen Antrag mit einer begehrten Budgetkürzung von 7.000 €.

Herr Metz teilte mit, dass es sich um einen prinzipiellen Antrag mit politischer Aussage handele.

Der Bürgermeister wies darauf hin, dass die nunmehr zusätzlichen, nicht nur unerheblichen GEMA-Gebühren, aus dem vorhandenen Budget beglichen werden müssen.

Die übrigen Fraktionen sprachen sich wegen der sozialen Bedeutung der Veranstaltungen gegen den Antrag aus.

Anschließend ließ der Bürgermeister über den Antrag abstimmen.

**Jastimmen 3
Neinstimmen 13 – damit ist der Antrag abgelehnt**

23	486	05-02-04	Altenhilfe und Altenbeggnungsstätten	13		2012 ff.			+ 2.350		Annahme der Verlängerung des Mietvertrags - Haushaltsklarheit!	GRÜNE
25	486	05-02-04	Altenhilfe und Altenbeggnungsstätten	16		2012 ff.			+ 2.450		Annahme der Verlängerung des Mietvertrags - Haushaltsklarheit!	GRÜNE

Nach Erläuterung der Verwaltung zur Notwendigkeit, diese Haushaltsposition nicht aufzunehmen, zog Herr Metz für seine Fraktion den Antrag zurück.

26		06-02-02	Offene Kinder- und Jugendarbeit					Offene Jugendarbeit in dezentralen Angeboten stärken - teure Zentrallösung umwandeln			Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie durch dezentrale Jugendarbeit in den sozialen Brennpunkten der Stadt eine Intensivierung der Jugendarbeit gewährleistet werden kann. Dabei sollten neben festen kleineren Einrichtungen auch mobile Jugendangebote in Betracht gezogen werden. Die dazu notwendigen finanziellen Mittel sollen aus einer eingesparten teuren Erneuerung des derzeitigen Jugendzentrums erfolgen. Der Standort des alten Jugendzentrums sollte als lokales Angebot für Mülldorf in den bisherigen Räumlichkeiten erhalten werden. (Drucksachen-Nr. 11/0054)	SPD
----	--	----------	---------------------------------	--	--	--	--	--	--	--	---	-----

Nach Vorstellung des Antrages durch Herrn Knülle erfolgte ein Geschäftsordnungsantrag von Herrn Köhler, den Antrag zur Beratung in den Jugendhilfeausschuss zu verweisen. Für die SPD-Fraktion sprach sich Herr Knülle gegen eine Verweisung aus; die beantragte Prüfung solle zunächst beschlossen und durchgeführt werden; die dann vorliegenden Ergebnisse könnten im Jugendhilfeausschuss beraten werden. Die FDP- und CDU-Fraktion sprachen sich für eine Beratung des Antrages in der heutigen Sitzung aus. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN teilte mit, dass eine Verweisung in den Jugendhilfeausschuss als unproblematisch angesehen werde.

Anschließend ließ der Bürgermeister über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

Jastimmen 1

Neinstimmen 12

Enthaltungen 3 – damit ist der Geschäftsordnungsantrag abgelehnt

Hiernach erläuterte Herr Schmitz-Porten ausführlich, dass mit der von der SPD-Fraktion beantragten Prüfung eine umfassende Bewertung der am 28.01.2011 vorgestellten Studie zum Jugendzentrum in Mülldorf erfolgen solle.

Wegen der noch vorliegenden Rednerliste zu diesem Antrag mit 8 Wortmeldungen und dem bisherigen Beratungsverlauf unterbrach der Bürgermeister um 20.40 Uhr für 10 Minuten die Sitzung; er wies auf § 17 der Geschäftsordnung hin, wonach der Vorsitzende weit-schweifende Erörterungen verhindern soll, und bat die Fraktionsvorsitzenden, den weiteren Ablauf der Haushaltsberatungen zu be-sprechen.

Nach Wiedereintritt in die Sitzung wurde seitens der Fraktionsvorsitzenden kein gemeinsamer Verhaltenskodex für die weiteren Bera-tungen signalisiert. Der Bürgermeister wies daher darauf hin, bei Bedarf weitschweifende Erörterungen zu unterbinden.

Herr Knülle änderte den Antrag seiner Fraktion (1. Satz des 2. Absatzes) dahingehend, dass die dazu notwendigen Mittel aus einer eingesparten teuren Erneuerung des derzeitigen Jugendzentrums erfolgen könnten (statt: sollten). Damit sei eine offene Prüfung ohne vorherige Festlegung möglich.

Frau Feld-Wielpütz vertrat die Auffassung, der Antrag sei entbehrlich, da bereits eine Prüfung im Gange sei.

Herr Metz begrüßte, dass seitens der SPD-Fraktion die Vorfestlegung aus dem Antrag herausgenommen worden sei; gleichzeitig ver-liere der Antrag jedoch seine Substanz.

Anschließend ließ der Bürgermeister über den Antrag abstimmen.

Jastimmen 4

Neinstimmen 12 – damit ist der Antrag abgelehnt

27		06-03-02	Leistungen für Kinder, Jugendliche und junge Menschen					Errichtung eines eigenen Angebots für Kinder in Heimerziehung - Kosten senken		<p>Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Realisierungschancen die Errichtung einer eigenen Einrichtung für die Heimerziehung von Kindern hat. Dabei sind Gespräche mit freien Trägern zu führen.</p> <p>Die Stadt bezieht in ihre Überprüfung die Erfahrungen von anderen Kommunen ein, die bereits die Realisierung von eigenen Kinderheimen realisiert haben.</p> <p>Die Prüfung soll auch die zu erwartenden Kosten pro Fall der notwendigen Heimerziehung darlegen, um erkennen zu lassen, ob es für die Stadt günstiger werden könnte, eine solche Einrichtung in eigener Regie bzw. in Kooperation zu führen. (Drucksachen-Nr. 11/0055)</p>	SPD
----	--	----------	---	--	--	--	--	---	--	--	-----

Nach kurzer Diskussion wurde der Antrag nach einem Geschäftsordnungsantrag von Herrn Metz einvernehmlich zur weiteren Beratung in den Jugendhilfeausschuss verwiesen.

28		08-01-01	Sportstätten und Sportförderung					Sporthallenkapazitäten sichern und vergrößern - Kombinationsbauten vorsehen - sparen		<p>Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie durch sinnhaftige Investitionen in die Sporthallen der Stadt es zu einer Vergrößerung der Sporthallenkapazitäten kommen kann.</p> <p>Angedachte Neubauten wie in Menden sollten in Kombination mit Notwendigkeiten des Schulbaus kombiniert werden, um Synergien zu erzielen.</p> <p>Sanierungen im alten Bestand - wie an der Turnhalle im Schützenweg in Niederpleis - sollten zu Kapazitätserweiterungen führen.</p> <p>Die Verwaltung wird dazu aufgefordert, sich mit anderen ortsunüblichen Bauweisen von Sporthallen auseinanderzusetzen, die erheblich weniger Investitionsbedarf haben, so dass aus den angedachten Investitionsmitteln mehr als nur der Status Quo erzielt werden kann. (Drucksachen-Nr. 11/0057)</p>	SPD
----	--	----------	---------------------------------	--	--	--	--	--	--	--	-----

Nach Vorstellung des Antrages durch Herrn Knülle wies Herr Schell auf die haushaltsrechtlich unterschiedliche Bewertung von Sanierungs- und Investitionsmaßnahmen hin. Wegen der Krediteinschränkung bestünde keine Möglichkeit zu weiteren Investitionen. Ein Prüfauftrag an die Verwaltung sei somit nicht sinnvoll.

Herr Köhler wies nochmals darauf hin, dass die Anträge der SPD-Fraktion nicht dem Haushalt zuzuordnen seien und einer fachlichen Beratung in den jeweils zuständigen Ausschüssen bedürften.

Anschließend ließ der Bürgermeister über den Antrag abstimmen.

Jastimmen 4

Neinstimmen 12 – damit ist der Antrag abgelehnt

29		01-13-01 08-01-01	An- und Verkauf von Grundstücken Sportstätten und Sportförderung					Vermarktung von Teilflächen des Mendener Sportplatzes als Standort für Generationenwohnen			Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Grundstücksverkaufserlöse der Verkauf von ca. der Hälfte des Mendener Sportplatzes "Auf dem Acker" erzielen würde. Die andere Hälfte des Sportplatzes soll weiterhin wie vorgesehen für eine Außensportanlage für das Schulzentrum Menden vorgehalten werden. Der auf dem Sportplatz geplante Sporthallenneubau sollte auf dem Altgelände der Sporthalle wieder errichtet werden. Die zu vermarktenden Grundstücke der Stadt sollen vorzugsweise für weitere Gebäude des Generationenwohnens bzw. seniorengerechten Wohnens vorgesehen werden. (Drucksachen-Nr. 11/0058)	SPD
----	--	----------------------	--	--	--	--	--	---	--	--	---	-----

Herr Knülle erläuterte den Antrag seiner Fraktion.

Auf Nachfrage von Herrn Schell teilte Herr Gleiß mit, dass sich der Grundstückspreis entsprechend der Bodenrichtwertkarte auf etwa 230 €/qm belaufe. Abzüge für die erforderliche Erschließung seien zu berücksichtigen, so dass letztlich von einem Grundstückspreis in einer Größenordnung von 100 €/qm auszugehen sei. Die genaue Größe des Sportplatzes werde nachrichtlich als Protokollnotiz mitgeteilt.

Protokollnotiz

Die Größe des hälftigen Sportplatzes beläuft sich auf etwa 4.000 qm; die hälftige Größe der Grundstücksparzelle beläuft sich auf etwa 8.300 qm

Darüber hinaus seien die Aufstellung eines Bebauungsplanes und eine Anpassung eines bereits im Entwurfsstadium befindlichen Bebauungsplanes für einen angrenzenden Bereich erforderlich.

Herr Schell vertrat die Auffassung, dass der Prüfauftrag somit bereits erfüllt sei und der Antrag zurückgezogen werden könne. Herr Knülle hielt dem entgegen, es handele sich nur um eine erste Einschätzung der Verwaltung, die noch einer weiteren Prüfung und Bewertung zu unterziehen sei.

Herr Knülle schlug vor, die Abstimmung über den Antrag zurückzustellen; bis zur Ratssitzung am 16.02.2011 könne die Verwaltung eine weitere Bewertung vornehmen und berichten. Hierüber konnte kein Einvernehmen erzielt werden.

Anschließend ließ der Bürgermeister über den Antrag abstimmen.

Jastimmen 4

Neinstimmen 12 – damit ist der Antrag abgelehnt

30		08-01-02	BgA Bäder					Schwimmsport sichern - keine Investitionen in marode Anlagen - Kombibad umsetzen			Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie der Bau des Kombibades am Standort des Freibades realisiert werden kann, um weitere Investitionen in die bestehenden maroden Schwimmbäder überflüssig werden zu lassen. Im Zusammenhang mit den Prüfungen soll die Verwaltung Wege aufweisen, wie ein Betrieb der derzeitigen Schwimmbäder so kostengünstig wie möglich weiterhin zu realisieren ist, um mögliche Übergangszeiten bis zur Realisierung des Neubaus zu reduzieren bzw. für diesen Zeitraum Alternativen für den Schul- und Vereinssport bereithalten zu können. (Drucksachen-Nr. 11/0056)	SPD
----	--	----------	-----------	--	--	--	--	--	--	--	---	-----

Nach Erläuterung des Antrages durch Herrn Knülle verwies Herr Schell auf seine Ausführungen zum vorherigen Antrag, lfd. Nr. 28.

Jastimmen 4

Neinstimmen 12 – damit ist der Antrag abgelehnt

31	599	08-01-02	BgA Bäder			2011		Sanierung Sprungturm Freibad		-80.000	Sanierung verschieben bis Umbau Freibad geklärt	SPD
----	-----	----------	-----------	--	--	------	--	------------------------------	--	---------	---	-----

Herr Knülle erläuterte Bezug nehmend auf den vorherigen Antrag, lfd. Nr. 30, dass die Sanierung bis zur Klärung der Angelegenheit verschoben werden sollte.

Auf Nachfrage von Herrn Metz teilte der Bürgermeister mit, dass der Sprungturm derzeit aus sicherheitstechnischen Gründen nicht benutzbar ist. Wenn eine Sanierung nicht erfolgt, dürfe der Sprungturm nicht betreten werden.

Wegen der Nichtkenntnis des Antrages bis zum Eingang der Tischvorlage machte Herr Schell für diesen und die zwei nachfolgenden Anträge (lfd. Nr. 32, 33) Beratungsbedarf bis zur Ratssitzung am 16.02.2011 geltend.

Es bestand Einvernehmen, diesen und die nachfolgenden zwei Anträge in der Ratssitzung am 16.02.2011 erneut zu behandeln.

32	607	09-01-01 (15-01-01)	Städtebauliche Planung und Entwicklung (Wirtschaftsförderung)			2011		Stadtmarketingkonzept		-30.000	Umsetzung durch WFG	SPD
33	618	09-03-01	Verkehrsplanung			2011		Planungskosten Hauptstraße NPL		-25.000	Keine externe Vergabe, eigenes Personal nutzen	SPD

Wegen Beratungsbedarf der CDU-Fraktion (siehe oben, lfd. Nr. 31) bestand Einvernehmen die Anträge in der Ratssitzung am 16.02.2011 erneut zu behandeln.

Zu lfd. Nr. 32 wies der Bürgermeister darauf hin, dass aus steuerlichen Gründen kein höherer Zuschuss seitens der Wirtschaftsförderungsgesellschaft werden kann.

34	618	09-03-01	Verkehrsplanung	13		2011				-8.000	Verschieben Monitoring VEP	GRÜNE
35	618	09-03-01	Verkehrsplanung	13		2012				6.000	Verschieben Monitoring VEP 1 Jahr / Kürzung	GRÜNE
36	618	09-03-01	Verkehrsplanung	13		2011ff		externe Planungskosten		-25.000	pauschale Kürzung	Aufbruch!

Herr Köhler schloss sich für die Fraktion AUFBRUCH! den beiden Anträgen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an und zog seinen Antrag (lfd. Nr. 36) zurück.

Seitens der Verwaltung wurde erklärt, die beantragte Verschiebung vorzunehmen. Auf die Kürzung im Haushaltsjahr 2012 könne nach Mitteilung von Herrn Metz verzichtet werden.

37	669	11-02-01	ZABA		07-00011	2011		Anschaffung Kanalspülwagen		-300.000	Investition auf 2012 schieben oder je nach Auslastung mit Nachbarkommunen gemeinsam nutzen oder fremd vergeben	Aufbruch!
----	-----	----------	------	--	----------	------	--	----------------------------	--	----------	--	-----------

Herr Raubach wies darauf hin, dass die Maßnahme bereits im Vorjahr verschoben wurde. Bei einer weiteren Verschiebung bestünde das Risiko eines Ausfalls und dann kein Fahrzeug mehr zur Verfügung stehe.

Frau Jung wies darauf hin, dass die Bedarfsanmeldung für die benötigten Fahrzeuge und Geräte vor dem Hintergrund der Nutzungsdauer und des Zustandes der vorhandenen Ausstattung anerkannt werde. Dem schloss sich Herr Schell für die CDU-Fraktion an.

Herr Köhler schlug vor, eine Prüfung dahingehend vorzunehmen, ob eine externe Beauftragung der Kanalspülungen erfolgen könne um damit den Aufwand für die Neuanschaffung eines Kanalspülwagens einzusparen.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Lemmer erläuterte Herr Raubach, dass ein neuer Kanalspülwagen abgeschrieben werde und dies in die Gebührenberechnung einfließe. Bei Weiternutzung des alten Fahrzeuges ergeben sich gebührenrechtlich keine Auswirkungen.

Der Bürgermeister schlug vor, bis zur Genehmigung der Haushaltssatzung die Wirtschaftlichkeit einer extern zu vergebenden Kanalspülung zu prüfen und die Fraktionen über das Prüfungsergebnis zu informieren.

Es bestand Einvernehmen, dem Vorschlag des Bürgermeisters zu folgen.

38		11-02-01	Abwasserbeseitigung					Ausgliederung ZABA - Synergien nutzen und neue Handlungsspielräume gewinnen			Die Verwaltung wird beauftragt, die Machbarkeit einer Ausgliederung der Zentralen Abwasserbeseitigungsanlage (ZABA) und des Kanalnetzes auf eine eigene städtische Gesellschaft zu prüfen. Die Machbarkeitsstudie soll die juristische und organisatorische Form der Ausgliederung in möglichen unterschiedlichen Modellen beleuchten und dabei insbesondere die Auswirkungen auf den städtischen Haushalt und die Gebührenzahler sowie die arbeitnehmerrechtlichen Auswirkungen prüfen. Es sind die Auswirkungen auf die Abwassergebühren durch Synergieeffekte aufzuweisen und die Entlastung des Haushalts zu beziffern, die durch zusätzliche, liquide Mittel zu einer Entschuldung führen sollen. (Drucksachen-Nr. 11/0060)	SPD
----	--	----------	---------------------	--	--	--	--	---	--	--	---	-----

Herr Knülle stellte den Antrag seiner Fraktion vor.

Anschließend nahm Frau Jung für die FDP- und CDU-Fraktion ausführlich Stellung. Bereits 1991/1992 sei auf Antrag ihrer Fraktion eine umfassende Prüfung einer Ausgliederung erfolgt. Das Ergebnis hatte keine Entlastungen für den Bürger und negative Auswirkungen für den städtischen Haushalt zum Inhalt. Sie verwies auf das Protokoll der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 25.03.1992. Nach Auffassung der FDP-Fraktion habe sich hieran nichts wesentliches geändert. Ferner machte sie auf die Beschlusslage der Stadt Königswinter aufmerksam, Kanalanlagen wieder in den städtischen Haushalt einzugliedern. Die Einnahmen von 1,6 Mio. €, die das Produkt „Straßen“ an den Abwasserbereich entrichtet, fielen bei gleichbleibendem Aufwand weg. Die Infrastruktur einer neuen Gesellschaft erfordere den Einsatz nicht nur unerheblicher Finanzmittel. Auch die Finanzierung des Kaufpreises von ca. 60 Mio. € durch eine neue Gesellschaft sei problematisch. Neben dem Wegfall der vorgenannten Einnahmen ergebe sich eine weitere Verschlechterung des Haushalts von etwa 400.000 € für Personal-, Sach- und Gemeinkosten, da diese im Haushalt nicht mehr als Ertrag verrechnet werden könnten.

Herr Schell ergänzte, dass nach seiner Einschätzung die Kämmerei eigenständig die Möglichkeit einer Ausgliederung prüfen würde, wenn dies als wirtschaftlich angesehen werde.

Auch Herr Köhler schloss sich dem für die Fraktion AUFBRUCH! an. Er erkenne zudem in einer neuen Gesellschaft mit einem in nicht öffentlicher Sitzung tagenden Aufsichtsrat keine Transparenz für die Bürger.

Herr Knülle hielt es für abwegig, sich auf dieses Prüfungsergebnis zu berufen.

Wegen der Dimension des Antrages hielt es Herr Metz für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für angemessen, die Angelegenheit einer erneuten, aktuellen Überprüfung zu unterziehen. Frau Silber-Bonz gab zu Bedenken, dass Prüfaufträge an die Verwaltung mit entsprechenden Kosten für die Erfüllung verbunden seien.

Herr Schmitz-Porten vertrat die Auffassung, dass die Dimension des Antrages einen größeren Prüfungsaufwand rechtfertige.

Der Bürgermeister bejahte die grundsätzliche Möglichkeit der Ausgliederung der genannten Bereiche. Zuletzt habe die Verwaltung im Jahre 2004 zu dieser Frage intensive Prüfungen vorgenommen. Diese hätten eine Unwirtschaftlichkeit zum Ergebnis gehabt. Herr Raubach ergänzte, die Nachteile für den städtischen Haushalt – ohne das Kosten für ein externes Gutachten entstehen - darlegen zu können.

Der Bürgermeister sagte zu, möglichst zeitnah nach Abschluss der Arbeiten für den Haushalt 2011 den Fraktionen eine Information im vorbeschriebenen Sinne zu übersenden; hiernach könnten die Fraktionen entscheiden, ob eine Beratung im Haupt- und Finanzausschuss erforderlich ist.

Frau Jung betonte, dass es sich hierbei nur um eine angemessene Prüfung handeln dürfe, die keine Verwaltungskapazitäten binde oder gar Kosten verursache. Dies sagte der Bürgermeister zu.

Herr Knülle sagte zu, diesen und den gleichlautend für die Ratssitzung gestellten Antrag zurückzuziehen, wenn eine entsprechende Berichterstattung der Verwaltung in einer der nächsten Haupt- und Finanzausschusssitzungen erfolge.

Nach einer seitens der CDU-Fraktion beantragten Sitzungsunterbrechung von 10 Minuten bestand nach kurzer Diskussion Einvernehmen, der Zusage des Bürgermeisters zu folgen. Herr Knülle zog für die SPD-Fraktion diesen und den gleichlautend für die Ratssitzung am 16.02.2011 gestellten Antrag zurück.

39	682	12-01-01	Straßen, Wege, Plätze	13		2011				-515.000	Brücke Baumschulweg, Einmündung Karl-Hennecke-Str., Kreisel Rathausallee, Verkehrsberuh. Niederpleiser Str. verschieben	Aufbruch!
----	-----	----------	-----------------------	----	--	------	--	--	--	----------	---	-----------

Nach kurzer Diskussion bestand Einvernehmen, den Betrag im Haushalt zu belassen. Wegen der erheblichen Frostschäden sei davon auszugehen, dass hierfür auch Haushaltsmittel für die im Antrag genannten Maßnahmen herangezogen werden. Auf Nachfrage von Herrn Metz sagte der Bürgermeister zu, dass die Beseitigung der Frostschäden Priorität genieße und die Mittel hierfür vorrangig eingesetzt werden.

40	676	11-02-01	Abwasserbeseitigung		07-00186	2011f		Kanalbaum. B 56		-76.000	Kann um ein Jahr verschoben werden.	Aufbruch!
----	-----	----------	---------------------	--	----------	-------	--	-----------------	--	---------	-------------------------------------	-----------

Der Bürgermeister sagte zu, antragsgemäß zu verfahren.

41	761f	15-01-01	Wirtschaftsförderung	2/13				Wirtschaftsbühne		-40.000	Wirtschaftsbühne um 1 Jahr verschieben; über Sinnhaftigkeit / Nutzen neu beraten	Aufbruch!
----	------	----------	----------------------	------	--	--	--	------------------	--	---------	--	-----------

Herr Raubach wies darauf hin, dass die Wirtschaftsbühne im Haushalt mit Aufwendungen und Erträgen in Höhe von jeweils 43.000 € abgebildet sei und diese insoweit kostendeckend sei

Der Bürgermeister wies darauf hin, dass auf Grund der bereits erfolgten und laufenden Vorbereitungen eine Verschiebung der Wirtschaftsbühne nicht möglich sei.

Herr Köhler zog darauf hin den Antrag seiner Fraktion zurück.

42	div.	div.	div.	11		2012 ff.				?	Ausweisung von Personalkosten ab 2012 auch bei befristeten Verträgen! S. dazu v.a.: 06-01-01, 06-02-03, 06-03-04. - Haushaltsklarheit!	GRÜNE
----	------	------	------	----	--	----------	--	--	--	---	--	-------

Herr Raubach sagte zu, dass die Personalkosten fortgeschrieben werden und zur Ratssitzung eine entsprechende Aufstellung vorgelegt werde.